



«Je mehr die Weltordnung in Bewegung gerät, desto nervöser werden die Demokratien», sagt der Philosoph Peter Sloterdijk.

ANTONIA JACOBSEN / SUHRKAMP-VERLAG

Herr Sloterdijk, Sie haben sich über Jahrzehnte mit den USA befasst. Zeitweilig haben Sie dort gelebt und gelehrt. Was sagt das Phänomen Trump über den Zustand der Demokratie?

Mit der amerikanischen Demokratie ist etwas nicht ganz in Ordnung, und das weiss man nicht erst seit heute. Das Neue besteht darin, dass man nach Trumps Wahlsieg im November 2016 Tag für Tag daran erinnert wird. Sein damaliger Erfolg war nicht zuletzt durch die Verzerrungen bedingt, die das bizarre amerikanische Wahlsystem erzeugt; er gewann die Mehrheit der Wahlmänner, obwohl Hillary Clinton über zwei Millionen Wählerstimmen mehr für sich hatte. Dem schiefen Konstrukt ist offenbar ein tiefes Misstrauen der Verfassungsväter gegen die Wähler an der Basis inhärent. Überdies erzeugt das überproportionale Gewicht einiger kleinerer Staaten zusätzliche Verzerrung. Von beiden Systemfehlern hat Trump profitiert.

2024 hingegen gewann Trump mit 2,3 Millionen Stimmen Vorsprung. Man hat einen Präsidenten gewählt und wiedergewählt, der die Verfassung und ihre Institutionen geringschätzt. Es scheint zuweilen, als wolle er die Checks und Balances einer gut austarierten gewaltenteiligen Demokratie überwinden.

Jeder Tag, den Trump im Amt verbringt, beweist, dass er kein Politiker ist, sondern ein an die Macht gestolperter Showmaster aus dem Unterschichtfernsehen. Er ist ein Produkt der TV-Ära, in der Entertainment das ganze Leben bedeutete. Binnen kurzem ist er auch ein Funktionär der Kapitalmärkte geworden. Wie Nietzsche in seiner Polemik gegen Richard Wagner die Diagnose gestellt hatte, in diesem Mann vollziehe sich die Heraufkunft des schauspielerischen Typs in der Kunst, könnte man über Trump – wie seinen typologischen Vorgänger Berlusconi – sagen, sie verkörpern die Heraufkunft des Schauspielers in der Politik. Wie schon des Öfteren hatte Italien sich als das Labor des neuen postdemokrati-

«Es wäre fatal, die Schweiz in den EU-Suppentopf zu werfen»

Der grosse deutsche Philosoph Peter Sloterdijk beschäftigt sich in seinem neuen Buch mit dem Zustand der Demokratie. Im Gespräch mit René Scheu geht er hart mit Donald Trump ins Gericht, dafür ist er voll des Lobes für die Schweiz, die er als «Stachel im Fleisch» beschreibt

schen Stils erwiesen. Zu ihm gehört der Sieg der Suggestionen über die Argumente. Bereits im Fall Berlusconi, der aus Italien den kranken Mann Europas gemacht hat, ermöglichte die von den demokratischen Verfassungen nicht vorgesehene übermässige Bedeutung der Massenmedien den Übergang in die offene Clownokratie.

Die Rolle ist offensichtlich die des über dem Gesetz stehenden starken Manns, der kurzerhand entscheidet und Debatten beendet. Sind viele der langwierigen Verfahren der Demokratie müde geworden?

In Nordamerika und in Europa sind nach dem Zweiten Weltkrieg demokratisch strukturierte Gesellschaften entstanden, für deren Effektivität und Attraktivität es in der Geschichte kein Beispiel gibt. Dennoch hadern die Bürger damit. Was die Effektivität der kommunistisch camouflierten chinesischen Wirtschaftsdiktatur angeht, so ist sie gewiss bemerkenswert, sie hat viele Millionen aus altem Elend befreit, und sie sichert dem System bis auf weiteres die Loyalität der Massen. Von einer weit ausstrahlenden Attraktivität des chinesischen «way of life» kann aber nicht die Rede sein. Er spricht nur kodespotische Systeme an.

Demnach hätten wir es heute nicht so sehr mit einer Konkurrenz der demokratischen Systeme mit den autoritären zu tun, sondern mit den internen Komplikationen der demokratischen Ordnungen, die sich zunehmend als Unordnungen erweisen.

So ist es. Je länger die als demokratisch bezeichneten Systeme existieren, desto mehr entwickelt sich in ihnen der Sinn für Baufehler und innere Widersprüche. Deswegen ist die Frage nicht trivial, ob das Phänomen Trump eine Anekdote am Rand der Demokratiegeschichte ist oder ein Krisensymptom. Es ist das Letztere, auch wenn man, wie ich meine, dem Ausdruck «Krise» nicht mehr die

geringste erklärende Kraft zugestehen kann. Man müsste für das Dilemma der USA statt «Krise» das Wort «Fehlentwicklung» wählen.

Sie reden von den USA. Wie hängt Ihre Diagnose mit der Krise der Demokratie als solcher zusammen, von der alle Welt redet?

Je mehr die Weltordnung im Grossen in Bewegung gerät, desto nervöser werden die Demokratien. Seit eine Krise die andere jagt, geht das Gefühl für den Normalzustand verloren, für welchen die demokratischen Prozesse gedacht sind. In der Dauerkrise verändert sich das Zeitgefühl der Menschen – sie verlieren tendenziell die Orientierung an der fortschrittlichen Verbesserung der Lebensumstände für die vielen, ohne die das ursprüngliche Versprechen der demokratischen Lebensform nicht zu denken ist. An die Stelle des Optimierungsglaubens treten Zukunftsangst und Bewahrungsreflexe. Und mit dieser Wendung in die defensiven Gefühle fängt der nachdemokratische Zustand an. Der

Bücher mit Ewigkeitswert

rs. · Wer die Gegenwart intellektuell vorwegnehmen will, kommt an Peter Sloterdijk, 78, nicht vorbei. Seit über vierzig Jahren – seit dem Erscheinen der «Kritik der zynischen Vernunft» im Jahr 1983 – hält er seine Zunft auf Trab. Trotz allen Aktualitätsbezügen haben seine Bücher Ewigkeitswert: In ihnen steckt stets so viel Substanz, dass sie die Zeitläufte überdauern. In seinem neuen Opus, «Der Fürst und seine Erben: Über grosse Männer im Zeitalter der gewöhnlichen Leute» (Suhrkamp), befasst sich Sloterdijk, ausgehend von einer Relektüre Machiavellis, mit der Gegenwart und der Zukunft der westlichen Demokratien.

kleidet sich heute in alle möglichen Formen des Rückzugs auf lokale und nationale Formate.

Das heisst, in dieser Lage favorisiert man tendenziell Parteien, die, ob sie dafür kompetent sind oder nicht, die Verteidigung des Bestehenden versprechen? Nicht nur das. Man neigt auch dazu, den bisherigen Eliten das Vertrauen zu entziehen. Das Gefühl der Unsicherheit übersetzt sich gern in Unzufriedenheit mit den vorhandenen Optionen. Dann machen die Parteien die meisten Gewinne, die am besten die Rolle des «game changer» simulieren. In Deutschland genügt es, sich «Alternative» zu nennen, und die Motten fliegen ins Licht.

In Ihrem neuen Buch, «Der Fürst und seine Erben», sprechen Sie von einem «Absturz in den Staat». Dabei geht es um den Übergang aus der anfänglichen Anarchie des Daseins in kleinen Gruppen in grössere hierarchische Ordnungen. Diese sind von Befehl, Gehorsam, Strafe, Steuerzwang und ständigem Blutvergiessen geprägt. Haben die westlichen Demokratien das Bewusstsein für das ursprüngliche repressive Machtmoment des Staates verloren?

Sagen wir besser so, dass die Europäer nach 1945 eine ungewöhnlich lange Friedenszeit geniessen durften, weswegen sie, vor allem die Deutschen, es tendenziell verlernt haben, die Rolle der kriegerischen Gewalt bei der Entstehung der Staaten zu bedenken. Um das Schicksalhafte am Lebenmüssen in Staaten zu verdeutlichen, könnte man den Titel eines psychopolitischen Bestsellers vom Anfang der 1980er Jahre zitieren: «Am Anfang war Erziehung», ein Buch, das auf die Folgen von «schwarzer Pädagogik» bzw. systematischer autoritärer Kindesmisshandlung hinweist. Man kann die Befunde der Studie cum grano salis auch auf die Anfänge der Abriechung von Menschen für den Staat zurückprojizieren. Sie wollte zeigen, wie spätere Gewalttäter in ihr Dasein hineingeprägt wurden und wie sie ihre prägenden Erfahrungen später ausagierten, die einen selbstzerstörerisch, die anderen im Modus sadistischer Politik.

Nicht alle Erziehung erzeugt Gewalttäter. Natürlich nicht, aber es gibt ein chronisches Dressur-Risiko. Auf eine etwas noblere Ebene gehoben: Die klassische Paideia, die bewusst betriebene Kinderlenkung, wie sie in Griechenland und im alten China entwickelt wurde, zielte darauf ab, aus geborenen Staatsfremden so etwas wie staatsfähige Subjekte zu machen, ja sie sogar zu Staatsfreunden zu formen, somit: zu Bürgern, Citoyens, die ihre Polis, ihr Gemeinwesen kooperativ bewohnen. Dass solche Dressurziele nicht immer mit sanften Methoden erreicht werden, versteht sich leicht. Vielleicht sollte man analog zu Sigmund Freuds Theorie über das «Unbehagen in der Zivilisation» auch von einem Unbehagen im Staatsgehäuse reden. Was neben allem anderen zugunsten demokratischer Lebensformen spricht, ist eben dies, dass sie die am wenigsten autoritären Formen von Erziehung begünstigen.

Demokratie versteht sich dem Wortsinn gemäss als «Herrschaft des Volks». Das Volk besitzt zwar das Wahlrecht, doch in der Regel kein Entscheidungsrecht – das hat es der Verfassung gemäss an seine gewählten Repräsentanten abgetreten. Hat man es als Demokrat eigentlich immer mit Fiktionen zu tun, grob gesagt: mit Märchen für politische Kinder? Die Vorstellung, wonach in Demokratien das Volk über sich selbst herrscht, ist tatsächlich eine erbauliche Fiktion, über deren Unentbehrlichkeit man sich früher oder später Rechenschaft ablegen muss. Aufgeklärte Demokraten haben zu lernen, mit den fiktionalen Elementen im Dogma der Volkssouveränität umzugehen. Daraus folgt, man muss illusionslos auf das Verhältnis zwischen den wenigen und den vielen schauen, wie es in jedem politischen Grosskörper auftritt, auch wenn es nominell keinen Adel mehr gibt. Es sind immer die oligoi, die wenigen, die über die Schicksale der vielen, der polloi, bestimmen, zumeist aufgrund der Ungleichheit der Eigentumsverhältnisse. Neben der strukturellen Oligokratie ist immer auch auf die eigensinn-

«Demokraten haben zu lernen, mit den fiktionalen Elementen im Dogma der Volkssouveränität umzugehen.»

nige Herrschaft des Fiskus zu achten. Der wirft über die Einkünfte und Vermögen der meisten seine Netze – denen entgehen nicht viele.

Man erkennt es an den modernen Staatshaushalten, die trotz manchen Steuerfluchteffekten gewaltige Ausmasse haben...

Staaten sind seit je Fiskalplantagen, doch in Demokratien um ein Vielfaches effizienter als zu monarchischer Zeit. Zusätzlich ist auf die ungleiche Verteilung von Medienmacht zu achten, die sich unter dem Deckmantel des Rechts auf freie Meinungsäusserung zu verbergen pflegt. Und last, but not least gibt es in den Demokratien die unheimliche Macht der Stimmungsagenturen, die das Gemeinwesen mit Sorgen, Konflikten und Krisenwahrnehmungen klimatisieren. Ich würde diese latente Macht als «phobokratische Konstante» beschreiben. Sie bedeutet, dass in allen grösseren sozialen Systemen Prozesse der Furchterregung in Gang sind, manchmal hintergründig, wenn die kollektive Stimmung zum entspannten frivolen Pol neigt, manchmal explizit, wenn Alarm gegeben wird und die Empfindung sich ausbreitet, dass Gefahr vor der Tür steht.

Nach dieser Beschreibung scheinen die demokratischen Systeme ziemlich entzaubert dazustehen. Ernüchterung macht sich breit – und womöglich erleben die gerade viele. «Erwachsene Demokratie» ist immer «Demokratie trotz allem».

Sie favorisieren die helvetische Konföderation, weil nach Ihrer Auffassung nur in ihr die Bürger wirkliche Souveräne sind.

Die direkte Demokratie der Schweiz ist der Stachel im Fleisch der repräsentativen Demokratien – sie sollte es meines Erachtens bleiben. Historisch gesehen hatte die Schweiz das Glück, dass sie keinen Königswahn und keine Land-

erobierungswut in ihrem Erbe hat – wie er die älteren Nationalstaaten Europas bis heute quält. Den meisten repräsentativen Demokratien der Welt gingen entweder überdehnte Monarchien oder überdehnte Kolonialgebiete voraus. Als deren Nachfolger sind diese Länder dazu verurteilt, von ihren Vorgängergebilden den Fluch der Übergrösse zu erben. Dieses Übel liess sich nur durch föderative Strukturen kompensieren, vor allem aber durch das Hilfsmittel der Repräsentation, mit all den Fiktionen, die am Vertretungswesen hängen – jedes Kind weiss inzwischen, dass Vertreter zunächst sich selbst vertreten, dann erst ihre Mandanten. Wo die Fiktion der Repräsentation schwach wird, drängt der autokratische Kern in den überdehnten politischen Gebilden wieder in den Vordergrund. Auch in einem Staatenverband wie den USA, der aus Protest gegen die Monarchie entstanden war, kann dann die Versuchung durch die quasikönigliche Diktatur offen zutage treten.

Bleiben wir bei der Schweiz: Welchen Klang hat der Begriff der Eidgenossenschaft für Sie?

Einen ziemlich vornehmen. Das Besondere an den Schweizer Verhältnissen besteht darin, dass die Eidgenossen das Geheimnis der gelingenden Staatsbildung schon in ihrem Namen tragen. Viele Nationen modernen Typs nennen sich noch immer Reich, Staat oder Republik. Doch mit diesen Begriffen ist das Geheimnis des Zusammenlebens innerhalb eines körperschaftlichen Gebildes nicht einmal berührt. In diesem Punkt sind die Schweizer freigiebiger: Sie nennen sich so, wie sie leben. Eine Eidgenossenschaft ist etwas anderes als ein Nationalstaat. Ihr Name deutet auf die Zusammenkunft mündiger Personen, die – um im Bild zu sprechen – auf einer weiten Lichtung stehen und sich versprechen, gegenseitig für sich zu sorgen. Ein ziemlich ungewöhnlicher Vorgang, würde ich meinen.

Wo liegt für Sie die politische Pointe des helvetischen Eids?

Von Idealisierung kann, meine ich, nicht die Rede sein – es sei denn in dem Sinn, dass die Eidgenossenschaft eine nahezu ideale Form eines Gemeinwesens skizziert. In der mittelalterlichen Kultur, in der die Schweiz entstanden ist, hatte der Eid eine besondere Bedeutung. Wer einen Eid leistete – etwa bei der Angelobung des Vasallen gegenüber einem Herrn –, verpfändete sein Leben, seine Existenz. Und so ist es hier auch noch heute, im wörtlichen wie im übertragenen Sinne: Die Schweizer Bürger, wenn sie erwachsen werden, geloben, sich umeinander zu kümmern. Ihre Staatsform erinnert daran, dass politische Verantwortung sich nicht nach Belieben delegieren lässt. Souverän im modernen Sinne ist, wer über den gemeinschaftlichen Normalzustand entscheidet.

Wenn der Eid Verantwortung schafft und den Vereidigten bindet, dann ist er mehr als ein historisches Ritual: Er ist eine Art zivilpolitischer Ernstfall. Die genossenschaftliche Orientierung der Eidgenossenschaft erlaubt es, auf gemeinsame Interessen Bezug zu nehmen. Darin steckt, wenn man so will, eine unternehmerische Idee: Der Genossenschaftler ist Miteigentümer des politischen Körpers. Genau das sollte mit dem Begriff des Staatsbürgers – des Citoyen – gemeint sein. Er kann sich von seinem Gemeinwesen nicht abkoppeln, solange er mit ihm identifiziert ist.

Doch auch die Genossenschaftler können Wahlen und Abstimmungen fernbleiben.

Gewiss. Aber auch das ist eine Entscheidung – und sie bleiben ja Miteigentümer und damit haftbar, solange sie einen Schweizer Pass besitzen. Genossenschaft und gemeinsames Unternehmen spiegeln sich ineinander – unter dem Oberbegriff des kollektiven Interesses. Dass das Gemeinwohl und das persönliche Interesse tendenziell zusammenfallen, das ist in der Eidgenossenschaft eine regulative Idee, ein Paragraph der ungeschriebenen Verfassung. Herr und Frau Schweizer arbeiten, wenn sie zur Urne gerufen werden, weiter an ihrem Staatsgebilde, an einem «work in progress». Vieles ist erlaubt, nur eines nicht: dass man mit dieser Bildungsarbeit aufhört.

«Historisch gesehen hatte die Schweiz das Glück, dass sie keinen Königswahn und keine Landerobierungswut in ihrem Erbe hat.»

sie, indem sie die Bürger das Fürchten lehren: Terror und Zerstreung gehören zu bewährten Prozeduren, das Volk auszuschalten.

Das führt zu einer irritierenden Pointe: Gerade das, wovor andere Eliten Angst haben – das Volk –, scheint der Schweiz Stabilität zu geben. Bleibt diese auch in unberechenbaren Zeiten tragfähig?

Ich sehe Grund zur Zuversicht. Die Schweizer Ausnahme ist nicht über Nacht entstanden, sie basiert auf einer in Jahrhunderten gewachsenen Kultur. Die politisch denkende Bevölkerung scheint recht solid verankert – vor allem auch deshalb, weil ihr die demokratische Form nicht von oben gewährt wurde. Die Schweizer haben sich ihre Verfassung selbst gegeben. Anders als die Bundesrepublik Deutschland, der die demokratische Verfassung nach dem Zweiten Weltkrieg geschenkt bzw. oktroyiert wurde. In der Schweiz kann die Entfremdung der Staatsebene von der Bürgerebene nie so weit gedeihen wie anderswo. Als einziges Land der Welt hat die helvetische Konföderation den Gedanken der Genossenschaft wirklich ernst genommen – und damit die Französische Revolution auf nicht-französischem Boden vollendet, indem sie das Bürgertum als politisches Subjekt souverän machte. Es kam seit 1848 hier zu keiner monarchischen Regression und keinem revolutionären Absturz – während Frankreich allein im 19. Jahrhundert mindestens vier Rückfälle in die Monarchie zustande brachte. Die Schweiz ist, wenn man so will, die permanente Revolution auf täglicher Basis – und die verläuft friedlich.

Wenn die Schweiz in dieser Perspektive ein Sonderfall ist, dann wird sie für ihre Nachbarn fast zwangsläufig zum Prüfstein. Seit kurzem tritt die EU mit dem Anspruch auf, ein geopolitischer Akteur zu werden. Wie passen die Schweiz und die EU zusammen?

Ich würde die Perspektive umkehren: Ohne die Schweizer Ausnahme wäre der gesamte Raum politischer Theorie und Praxis in Europa sehr verarmt. Die EU geriete noch tiefer in den alltäglichen Zynismus ihrer Demokratie-als-ob-Spiele, und mit noch besseren Gründen könnte sie ihr Mantra auftragen: Es gibt keine Alternative. Aber die existiert. Man muss die Schweizer Ausnahme bewahren.

Das sagen Sie. Wer aber will das in der EU hören?

Die klügeren europäischen Staatslenker erkennen das an. Doch aus dem gleichen Grund fürchten sie sich vor der Eidgenossenschaft: Sie demonstriert allzu deutlich, dass es auch anders geht. Vermutlich werden die EU und die Schweiz sich nie darüber einig werden, was das Konzept Souveränität bedeuten soll. Und solange der Dissens besteht, wäre es fatal, die Schweiz in den EU-Suppen-topf zu werfen. Das helvetische Konzentrat würde sich in der dünnen europäischen Brühe auflösen.

Sie klingen damit wie ein erklärter Schweiz-Freund. In Deutschland werden Sie sich nicht nur Freunde machen. Ich rede nicht als Parteigänger eines bestimmten Systems, sondern als Analytiker. Denn schauen Sie: Die mentale Erosion durch ein Klima der «Demokratie als ob» ist eine reale Gefahr, die Europa von innen bedroht. Ich denke an die Bundesrepublik, an Frankreich, an Italien, an Grossbritannien. Überall entsteht der Eindruck, dass die nationalen Politikbetriebe mit dem Leben der Menschen in den Ländern nur noch wenig zu tun haben. Man lobt eine repräsentative Demokratie, die immer weniger repräsentiert. In Systemen, die das Mehrheitswahlrecht konsequent anwenden, fallen sehr viele Stimmen unter den Tisch. In einem ausgewogenen Repräsentativkonstrukt dürfte das nicht geschehen.

Und was, wenn doch?

Dann wird die Gruppe derer, die nicht mehr wählen, demnächst die grösste Partei bilden. Und unter den Wählern, die noch zu den Urnen gehen, wächst die Masse der Protestierer. Die geben ihre Stimme an Kampfbewegungen, die sich als Parteien tarnen, ob rechts- oder linkspopulistisch. Das ergibt Entwicklungen, die beunruhigen.

Das ist schön gedacht: Die politische Kultur unseres Landes ist für jeden Einzelnen Chefsache und lässt sich nicht delegieren. Und doch: Viele bewundern die direkte Demokratie der Schweiz – und schrecken davor zurück, sie im eigenen Land einzuführen. Weshalb?

Direktdemokratische Elemente kennen andere Länder meist nur auf kommunaler Ebene. Deutschland hat 11 000 Bürgermeister, davon zwei Drittel ehrenamtliche; Frankreich hat mit seinen 35 000 Städten und Kommunen mehr als dreimal so viele. Sie alle werden in Direktwahlen bestimmt. Der Regionalismus in der Lokalpolitik ist ein gemeinsamer Zug der nationalstaatlichen Systeme; darin weht ein Hauch von direkter Demokratie. Die Schweizer Anomalie beginnt damit, dass es auf der nächsthöheren Ebene, jener der Kantone, mit der direkten Demokratie weitergeht. Das Summum der helvetischen Unbegreiflichkeit zeigt sich darin, dass auch auf Bundesebene Elemente der direkten Demokratie zum Zug kommen, und das nicht in Ausnahmefällen, sondern regulär. Fast überall sonst haben Politiker Angst vor dem Volk, man versteht, warum. Die Schweiz hat offenbar bisher keine Politikerkaste hervorgebracht, die es nötig hätte, sich vor dem eigenen Volk zu fürchten...

... auch hierzulande sprechen manche von der Classe politique.

Wohl eher im metaphorischen Sinne. Denn die Schweiz hat ja ein Milizparlament, mit Volksvertretern, die – jedenfalls zu weiten Teilen – im realen Leben verankert sind. Repräsentative Demokratien wie die deutsche oder die französische neigen hingegen eher dazu, Komplote zur Neutralisierung der Volksmeinung zu arrangieren. Ein totaler Komplottismus ist in Diktaturen an der Macht. Russland, China, Nordkorea, Iran und andere sind Komplottsysteme, die auf der gut verständlichen Angst der Regierenden vor ihren Bevölkerungen beruhen. Auf die eigene Angst reagieren